

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-neue Mitgliedsstaaten:

POLEN

Mag. Paul Pöchhacker

Wien, Juni 2004

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ALLGEMEINE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	3
2.	ABFALLWIRTSCHAFT	4
3.	BILDUNG	5
4.	ENERGIE	7
5.	GESUNDHEIT	8
6.	KULTUR	10
7.	MEDIEN	11
8.	PENSIONEN	13
9.	POST	14
10.	SICHERHEIT	14
11.	TELEKOMMUNIKATION	15
12.	VERKEHR	16
13.	WASSER	17
14.	WOHNEN	19
15.	LINKS	21

Polen

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Polen liegt im Zentrum des europäischen Kontinents. Es grenzt im Westen an Deutschland, im Süden an Tschechien und die Slowakei, im Osten an die Ukraine, Belarus, Litauen und Russland. Im Norden wird Polen durch das Baltische Meer begrenzt. Polen erstreckt sich über eine Fläche von 322.500 km² (312.600 km² Festland, 1200 km² Binnengewässer und 8700 km² Ostsee). Polen ist damit etwa gleich groß wie Italien oder Norwegen und mehr als dreieinhalb mal so groß wie Österreich. Im Jahr 2001 lebten in Polen 38,644 Mio. Menschen. Hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur ist das heutige Polen weitgehend homogen, nur 3–4 % der Gesamtbevölkerung gehören Minderheiten an (550.000 Deutsche, 400.000 UkrainerInnen, 300.000 WeißrussInnen, 30.000 Litauer, 25.000 SlowakInnen und 15.000 Juden) Die Minderheitenrechte sind in der polnischen Verfassung garantiert.

Polen – im 18. Jahrhundert von den damaligen Großmächten Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt und von der Landkarte gelöscht – erlangte 1918 als Republik seine Unabhängigkeit. Nachdem Polen im 2. Weltkrieg als Opfer des Hitler-Stalin-Paktes abermals seine Souveränität für 6 Jahre verlor, geriet es nach 1945 in den politischen und wirtschaftlichen Einflussbereich der UdSSR. Nach 1989 vollzog Polen die Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft.

Seit der Verwaltungsreform 1998 gliedert sich die Republik Polen in 16 Woiwodschaften (Länder). Hinzu kommen auf regionaler Ebene die „Kreise“ sowie auf lokaler Ebene die Gemeinden/Städte. Dem in der Verfassung von 1997 festgeschriebenen Prinzip der territorialen Selbstverwaltung folgend wurden Teile der Kompetenzen und Aufgaben der Zentralverwaltung den Gemeinden, Kreisen und Woiwodschaften übertragen.

Ihre Beschluss- und Kontrollorgane sind die durch demokratische Wahlen legitimierten Räte der Gemeinden, Städte und Kreise sowie die Woiwodschaftsparlamente. Diese berufen und entlassen die Gemeindevorsitzenden/BürgermeisterInnen/StadtpräsidentInnen, Kreisältesten und die Marschalls der Woiwodschaften als oberste exekutive Organe der territorialen Selbstverwaltung.

Polens politische Landschaft war anfangs von einer strikten Teilung in zwei große politische Lager geprägt, in jene Parteien, die aus der Bewegung der "Solidarnosc" entstanden waren, sowie die postkommunistischen Parteien. In den letzten Jahren hat das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien stark abgenommen. Dies gilt sowohl für konservative als auch sozialdemokratische Regierungen. Das "Solidarnosc"-Parteienbündnis AWS, das 1997 die Parlamentswahlen gewann und die Regierungskoalition anführte, schaffte 2001 nicht mehr den Einzug ins Parlament. Der derzeitigen großen Regierungspartei SLD (SozialdemokratInnen) droht nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Leszek Miller ein ähnliches Schicksal.

Einig waren sich alle polnischen Regierungen jedoch im Bemühen um eine Transformation der überkommenen Planwirtschaft sowie um eine möglichst rasche Integration Polens in NATO und EU.

Der Rückzug des Staates aus der polnische Wirtschaft wurde – trotz massiver Transformationsprobleme (v.a. Hyperinflation von 500 % 1990) - im Juli 1990 durch die Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes (schrittweise Privatisierung des direkten oder indirekten Staatseigentums, Einführung der freien Marktwirtschaft) durch das polnische Parlament (Sejm), eingeleitet. Im Juli 1990 waren 8.441 staatliche Unternehmen registriert. Bis Ende 2002, wurden 6.982 Unternehmen – also mehr als vier Fünftel - privatisiert. Davon wurden 22 % in Privatrecht überführt (erste Etappe der mittelbaren Privatisierung), 28,6 % der Unternehmen wurden einer Direktprivatisierung unterzogen, 25,7 % der Unternehmen wurden wegen ihrer schlechten wirtschaftlichen Verfassung aufgelöst. Die restlichen 23,7 %

umfassen die Liquidierung unrentabler landwirtschaftliche Staatsgüter, deren Vermögen von der Staatlichen Agentur für Agrareigentum übernommen wurde.

2001 erwirtschaftete der Privatsektor bereits fast 75 % des polnischen BIP und bot über 70 % aller Arbeitsplätze. Den Vorgaben der polnischen Privatisierungspolitik folgend, ist der Abschluss wesentlicher Eigentumsübergangsgestaltungen in Polen für das Jahr 2005 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt sollen die Eigentumsstrukturen in der Wirtschaft Polens denen der EU-Mitgliedsstaaten entsprechen.

Polen setzte in den letzten Jahren auch seine Politik der liberalen Marktöffnung fort. Die EU ist der wichtigste Exportpartner, ihr Anteil an den polnischen Exporten betrug 2002 68,7 %. Wichtigster Außenhandelspartner Polens ist die Deutschland, wohin fast ein Drittel des polnischen Exportvolumens geht. Das polnische BIP belief sich 2002 auf 200,27 Mrd. Euro. Die Inflation lag 2002 bei 1,9 % (2001 5,5 %). Das dramatische Handelsbilanzdefizit von 14,1 Mrd. USD entspricht mehr als einem Drittel der Exportgewinne der polnischen Wirtschaft. Die Auslandsinvestitionen in Polen betrugen 2002 65,11 Mrd. Euro. Der Durchschnittslohn eines polnischen Arbeitnehmers betrug 2002 535 Euro. Die dramatische Arbeitslosigkeit betrug 2002 18,1 % und ist eines der größten Probleme der polnischen Gesellschaft.

Polen war der erste mittel- und osteuropäischen Reformstaat, der mit der wirtschaftlichen Umgestaltung - von der Planwirtschaft zu marktwirtschaftlichen Strukturen – begann und galt anfangs als „Musterschüler“ der Marktöffnung. In den letzten Jahren hat sich die Geschwindigkeit der Wirtschaftsentwicklung aber verlangsamt, die polnische Wirtschaft steckt in einer Krise.

Von der Privatisierung und Liberalisierung der polnischen Staatswirtschaft wurden auch die öffentlichen Dienstleistungen erfasst.

2. Abfallwirtschaft

Die Entsorgung des massiv steigenden Müllaufkommens – die Menge des Abfalls hat sich in den letzten Jahren verdoppelt – bereitet Polen große Schwierigkeiten. Die Müllentsorgung fällt in die Kompetenzen der Gemeinden und ist daher sehr uneinheitlich geregelt. Die Abfälle werden von einer Vielzahl privater und kommunaler Entsorgungsunternehmen übernommen und größtenteils auf Kleindeponien gelagert. Der Betrieb eines Abfallentsorgungsunternehmens ist in Polen genehmigungspflichtig. Auf dem polnischen Abfallwirtschaftsmarkt sind private Unternehmen den kommunalen rechtlich gleichgestellt. Private Müllentsorgungsunternehmen haben in Polen einen Marktanteil von derzeit rund 50 % (Schätzung 2001). Hoch ist insbesondere der Anteil ausländischer Abfalldienstleister. Allein deutsche Unternehmen haben in Polen einen Marktanteil von über 10 %.

Industrieabfälle machen über 90 % aller anfallenden Abfälle in Polen aus. 3,5 % der Industrieabfälle werden als gefährlich eingestuft. Insbesondere in den Städten wird aufgrund organisatorisch-technischer Schwierigkeiten und der steigenden Menge auch die bisher funktionierende Entsorgung des Hausmüll zusätzlich zum Umweltproblem. Das Fehlen effizienter Mülltrennung und eines Behandlungssystems für gefährliche Stoffe sowie oft geringes Umweltbewusstsein haben zur Folge, dass die Abfälle unkontrolliert und illegal deponiert werden. In Polen gibt es Tausende illegale Mülldeponien, die aufgrund ihres hohen Verseuchungsgrades durch Giftmüll und die durch diesen verursachte Schäden (v.a. Vergiftung des Grundwassers, der Böden und Wälder) zu den größten Umweltproblemen Polens gehören. Auch die legalen Mülldeponien entsprechen meist nicht dem Stand der Technik und sind oft undicht. Zwar hat die Regierung Steuerbegünstigungen für die Verwendung wiederverwertbarer Rohstoffe erlassen, Recycling und die Verwertung von Kompostprodukten spielen aber kaum eine Rolle. Ungelöst ist auch das Problem der Entsorgung von Sperrmüll.

Die Politik hat dieses Problem sehr spät in Angriff genommen. Erst mit dem Abfallgesetz 1998 wurde eine neue Rechtsgrundlage für das Abfallmanagement, die Kontrolle über die Abfallwirtschaft sowie eine den Anforderungen des Europäischen Abfallkatalogs und der Europäischen Abfallklassifikation entsprechende Abfallklassifikation geschaffen.

2002 wurde von der polnischen Regierung ein überregionales Abfallwirtschaftskonzept verabschiedet. Die in diesem „Masterplan“ formulierten Zielsetzungen und Maßnahmen sind auf Ebene der Woiwodschaften und Gemeinden bei der Erstellung der regionalen und lokalen Konzepte einzuarbeiten. Bis Mitte 2004 sind auf Gemeinde(-verbands)ebene entsprechende lokale Abfallwirtschaftskonzepte einzureichen. Da die Finanzmittel vieler Gemeinden allerdings sehr begrenzt sind, soll die Modernisierung des polnischen Abfallwesens vor allem durch private Unternehmen sowie Private-Public-Partnership-Projekte realisiert werden. Es ist also zu erwarten, dass der Anteil privater Unternehmen am Abfallwirtschaftsmarkt in Polen weiter steigen wird.

Seit dem Abschluss der EU-Beitritts-Verhandlungen hat Polen mit der Anpassung des Rechtsbestandes an die entsprechenden Richtlinien der Europäischen Kommission begonnen. Bis 2016 sollen alle Normen der Abfallemission erfüllt werden. Bereits seit dem 1.1. 2003 gilt das Verbot der Verwendung von Substanzen, welche die Ozonschicht schädigen. Aufgrund des Fehlens einer modernen Abfallverwertungsindustrie wurde im Beitrittsvertrag die vorübergehende Einschränkung der Freiheit des Warenverkehrs im Bereich der Verwertungsabfälle festgeschrieben, bis das Land über die erforderlichen, EU-konformen Entsorgungskapazitäten verfügt. Danach wird Polen seine Märkte für europäische Abfälle schrittweise in zwei Stufen (Ende 2007 und Ende 2012) öffnen. Die Sogwirkung für Abfallströme aus Deutschland in die Beitrittsländer sollte nach Ansicht von Fachleuten damit weitgehend unterbunden werden.

Die Anpassung der Wirtschaft Polens an die hohen Standards im Bereich des Umweltschutzes ist ein teurer Prozess. ExpertInnen rechnen mit einem Gesamtfinanzbedarf von 40 Mrd. Euro bis 2015. Die EU hat daher umfangreiche Fördermittel bereitgestellt (ISPA-Programm). Insbesondere im Abfall- und Verpackungsbereich waren und sind umfangreiche Gesetzesänderungen, Maßnahmen und Investitionen erforderlich. Die Einführung der EU-Vorschriften bringt jedoch in Zukunft auch viele Vorteile. Die Europäische Kommission schätzt, dass - unter Berücksichtigung von Gesundheits-, Wirtschafts-, und Sozialfolgen - Polen über 4 Mrd. Euro pro Jahr daran gewinne.

3. Bildung

1999 wurde in Polen eine weitgehende Schulreform durchgeführt, die für massive Veränderungen im Bildungssystem sorgt.

Jedes Kind hat zwischen dem 3. bis zum 6. Lebensjahr grundsätzlich das Recht, einen Kindergarten zu besuchen. Fünf Stunden tägliche Kinderbetreuung sind kostenlos, zusätzliche Betreuung und die Mahlzeiten sind kostenpflichtig. Allerdings ging seit 1989 die Zahl der Kinder, die freiwillig einen Kindergarten besuchen, auf die Hälfte zurück. Ab dem 6. Lebensjahr gilt in Polen eine einjährige Vorschulpflicht.

Seit der Bildungsreform 1999 besteht in Polen Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr.

Die polnische Grundschule umfasst sechs Schulstufen. Der Pflichtschulbereich ist in der Regel koedukativ. Seit Anfang der neunziger Jahre sind im Rahmen der Dezentralisierungsprozesse die Gemeinden Trägerinnen der Schulen im Pflichtschulbereich. Die polnischen Schüler haben am Ende der sechsten Klasse der Grundschule (mit 12 Jahren) eine Kompetenzprüfung abzulegen, die extern bewertet wird und in das Abschlusszeugnis eingeht.

Das polnische, allgemeinbildende Gymnasium, das mit der Schulreform 1999 neu geschaffen wurde, ist auf eine Dauer von drei Jahren angelegt. Am Ende der Gymnasialzeit (mit 15 Jahren) legen alle SchülerInnen eine allgemeine Prüfung vor einer externen Kommission ab. Die Prüfung gilt als Voraussetzung für die Zulassung zu einer weiterführenden Schule.

Als weiterführende Schulen gelten in Polen Schulen der oberen Sekundarstufe, also das neue dreijährige „profilerte Lyceum“ sowie die zweijährige Berufsschule. Erstere bietet fundierte Allgemeinbildung, vergleichbar am ehesten mit den österreichischen Oberstufengymnasien, zweiteres eine Facharbeiterqualifikation in breitprofiligen Berufen. Das dreijährige Lyceum wird mit dem neuen Abitur (Matura) abgeschlossen, das eine externe schriftliche Prüfung vor einem staatlichen Ausschuss vorsieht, die mündliche Prüfung wird weiterhin vor Ort abgehalten. Das Abitur berechtigt zur Aufnahme eines Hochschulstudiums.

Nach 1989 entfaltete der private Schulsektor in Polen eine erhebliche Dynamik. In Polen eröffnen jedes Jahr etwa 200 nichtstaatliche Schulen. Im Schuljahr 1999/2000 existierten bereits 2.268 davon auf allen Ebenen des Schulwesens. Ihre Träger sind private Gesellschaften und Verbände, Vereine, Stiftungen, konfessionelle Organisationen, Eltern oder andere Privatpersonen. Diese Schulen sind im Unterschied zu staatlichen Einrichtungen kostenpflichtig. Das Schulgeld beträgt im Regelfall monatlich je nach Träger und Schultyp etwa 250 bis 450 Zloty (ca. 60 bis 110 Euro). Seit 1992 beteiligt sich der Staat an der Finanzierung der nichtstaatlichen Schulen mit einem Anteil von bis zu 50 %.

Die Klientel der nichtstaatlichen Schulen besteht zumeist aus Kindern wohlhabender Eltern (Selbstständige, Rechtsanwälte oder ÄrztInnen). Nach neuesten polnischen Untersuchungen besuchen nur 9 % der Arbeiterkinder und fast keine Kinder bäuerlicher Herkunft private Schulen. Die regionale Verteilung des nichtstaatlichen Schulsektors variiert erheblich und hängt mit dem Industrialisierungsgrad einer Region zusammen. Die meisten befinden sich in großen, wohlhabenden Ballungsräumen und in den akademischen Zentren des Landes. Vorreiter sind die Woiwodschaften mit den Zentren Warschau, Kattowitz, Stettin, Danzig und Lodz.

Nach 1990 haben die polnischen Hochschulen ihre Selbstverwaltungsrechte wiedererlangt. Das bedeutet eine relative Unabhängigkeit gegenüber dem Staat, institutionelle Autonomie, akademische Freiheit, großer Spielraum für die Fakultäten und insgesamt eine ausgeprägte Differenzierung und Konkurrenz der Hochschulen untereinander. Seit 1990 können die Hochschulen selbst entscheiden, welche und wie viele Studierende sie aufnehmen. Waren im Jahre 1990 in Polen nur 12,9 % der 19- bis 24-jährigen Studierende, so betrug ihr Anteil im Studienjahr 1999/2000 bereits 36,9 %, womit Polen eine Studierenden-Quote hat, die weit über dem EU-Schnitt liegt (in Deutschland studieren nur etwa 20 % dieser Altersgruppe). Die Quote der studierenden Frauen betrug 2000 in Polen sogar 42,7 %. Das Studium an den staatlichen Hochschulen in Polen ist als Regelstudium gebührenfrei, als Fern- und Abendstudium kostenpflichtig. Deren Gebühren schwanken je nach Universität und Studienfach erheblich: im Jahr 2000 zwischen 175 Euro für ein Semester bis zu 6.500 Euro für ein dreisemestriges MBA-(Master of Business Administration) Studium an der Universität Warschau. Die Hochschulen bieten unterschiedlich lange Studiengänge an, wobei das einheitliche vier- bis fünfjährige Magisterstudium dominiert. Das Fernstudium – mit den gleichen Abschlüssen – erfreut sich einer besonderen Nachfrage. Etwa die Hälfte aller Studierenden in Polen sind FernstudentInnen. Sie mussten schon bisher keine Aufnahmeprüfung ablegen.

Seit 1997 gibt es in Polen eine Reihe von Fachhochschulen. Sie bilden eine zweite Säule des polnischen Hochschulwesens. Im Studienjahr 1999/2000 gab es in Polen insgesamt 39 Fachhochschulen mit 29.000 Studierenden, wobei der Anteil der Frauen hier bei 66,5 % sehr hoch liegt.

1991 wurden die ersten nichtstaatlichen Hochschulen amtlich zugelassen. Seitdem setzte ein regelrechter Gründungsboom ein: Im Studienjahr 1999/2000 gab es bereits 174 Hochschuleinrichtungen in verschiedener nichtstaatlicher Trägerschaft mit 419.167 Studierenden. Zu den nichtstaatlichen Einrichtungen zählen auch ausländische Gründungen wie die Französisch-Polnische Hochschule für Informationstechnologie in Posen oder eine Polnisch-Amerikanische Wirtschaftshochschule in Nowy Sacz (Neu-Sandez). Die nichtstaatlichen Hochschulen, zumeist kleinere Einrichtungen, erheben oft recht hohe Studiengebühren (bis zu 2.000 Euro für ein Semester), verlangen aber keine Aufnahmeprüfung. Sie bieten in der Regel nur ein Berufsstudium an, das mit dem Berufstitel Lizentiat oder Diplom abschließt, und bilden vor allem in den bisherigen Mangelfächern wie Ökonomie, Finanzen, Marketing oder Management aus. Demnach dominieren vor allem Wirtschaftshochschulen (89). Einige Studiengänge werden auch in westlichen Fremdsprachen angeboten. Inzwischen gibt es auch 25 nichtstaatliche Fachhochschulen.

4. Energie

Polen produziert 95 % seiner Energie aus fossilen Brennstoffen. Etwa 50 % aus Steinkohle, 45 % aus Braunkohle. Weniger als 5 % der Stromerzeugung stammt aus alternativen Quellen, vor allem aus Wasser- und Windkraft. Bemerkenswert ist, dass die Kernenergie in Polen – auch in den Planungen - keinerlei Rolle spielt. Einer Verordnung des Ministers für Wirtschaft vom 15. Dezember 2000 folgend soll sich der Anteil an erneuerbarer Energie in den kommenden Jahren beständig erhöhen und im Jahre 2010 ein Niveau von mindestens 7,5 % am Gesamtenergieaufkommen des Landes betragen. Örtliche Energiequellen wie Gas und erneuerbare Energien – hier dominiert Biomasse – sollen verstärkt genutzt werden. Beim Neubau von Kraftwerken soll auf dezentrale Lösungen gesetzt werden. Obwohl die Zahl der (teils veralteten) Steinkohlekraftwerke im Gegenzug reduziert werden soll, wird sich an der Konzentration auf fossilen Brennstoffe mittelfristig aber nur wenig ändern.

Polens Kraftwerke produzierten 2002 141,3 TWh Strom. Das Land ist Netto-Energie-Exporteur: 11,5 TWh wurden exportiert, nur 4,5 TWh importiert. Hauptabnehmer des polnischen Stroms sind Tschechien und die Slowakei, auf die insgesamt 90 % des polnischen Stromexports entfallen.

Polen galt lange als Vorreiter der Liberalisierung des Energiemarktes, hat diesen Ruf allerdings in den letzten Jahren eingebüßt. Entscheidend für die Liberalisierung des polnischen Energiemarktes ist das Energiegesetz von 1997. Es sieht neben der schrittweisen Einführung von Marktmechanismen und der Benzinpreisfreigabe die vollständige Liberalisierung des Strommarktes bis 2006 vor. Als Regulierungsbehörde wurde die unter parlamentarischer Kontrolle stehende *Urząd Regulacji (URE)* eingesetzt. Vorgenommen wurde eine klare Trennung zwischen Erzeugerpreis und dem Preisanteil für den Energietransfer.

Der Energiegroßhandel (Import und Export, Binnengroßhandel) funktioniert nach den Regeln des freien Marktes, sowohl für Hersteller als auch für Netzbetreiber. Der Handel mit Strom wird über Direktverträge abgewickelt. Der Poolhandel wurde nach mehrjähriger Ankündigung im Juli 2000 realisiert. Allerdings bestehen für rund 70 % des polnischen Energiegroßhandelsvolumens langfristige Verträge. Führend im Elektroenergiegroßhandel ist der Netzmonopolist *Polskie Sieci Elektroenergetyczne S.A.* (Polnische Elektroenergienetze AG).

Im Bereich des Stromeinzelhandels ist der Markt seit 1.1.2004 bis zu einer Grenze von 1,4 GWh (zuvor 10 GWh) liberalisiert, die Kunden haben also aber einem derartigen Verbrauch das Recht, den Energieversorger frei zu wählen. Für Kleinverbraucher („Tarifkunden“) gilt bis 2006 ein von der Staatlichen Energiebehörde festgelegter Preis. Anzumerken ist, dass auch im Einzelhandelssegment rund 70 % der Stromnachfrage durch langfristige Verträge

gebunden ist. Ausländische Stromanbieter sind bislang nicht berechtigt, Stromkunden unmittelbar zu versorgen.

Die Privatisierung der polnischen Energieunternehmen verlief bislang schleppend. Die Strategie, zunächst die Stromverteiler und dann die Stromerzeuger zu privatisieren, hat sich als Sackgasse herausgestellt. Bis Ende 1999 wurden nur vier der 33 Verteilungsunternehmen und sechs der 35 Erzeugungsunternehmen in Polen privatisiert. Einige weitere Energieunternehmen wurden nicht in dem Maße wie ursprünglich geplant an ausländische strategische Investoren verkauft. So sollten 20 % der Aktien einer wichtigen Kraftwerksgruppe (*Patnów-Adamów-Konin-Gruppe*) 1999 an den britischen Stromerzeuger *National Power* verkauft werden. Die Verhandlungen scheiterten, schließlich kaufte ein polnisches Konsortium das Aktienpaket. Die Regierung hat auf Grund dessen einen Kurswechsel vollzogen. Vorgesehen ist nun der Zusammenschluss von Stromerzeugern einerseits und Stromverteilern andererseits. Die Bündelung der Unternehmen zu Gruppen soll die Privatisierung beschleunigen.

Zurzeit sind auf dem Strommarkt noch 70 % der Kraftwerke, 100 % des der Leitungsinfrastruktur und 84 % des Verteilungsnetzes in staatlicher Hand.

Anders als am Strommarkt ist am Gasmarkt keine Konzentration, sondern eine Entflechtung zu beobachten. Die staatliche Gasgesellschaft ist in sechs regionale Vertriebs- und Handelsgesellschaften sowie eine Gesellschaft für Gasvorratssuche und Gasförderung aufgeteilt worden, die nach und nach privatisiert werden sollen. Noch sind 100 % des polnischen Gasübertragungsnetzes und 99 % des Gasverteilungsnetzes Eigentum des Staates.

Der Fernwärmemarkt ist überwiegend in kommunaler Hand. Die Privatisierung schreitet hier deutlich schneller voran. Lediglich 1 % des Wärmemarktes ist in staatlicher Hand, 80 % entfallen auf Kommunen, die restlichen 19 % bereits auf private Investoren.

Im April 2002 hat die polnische Regierung eine überarbeitete Vorlage der Richtlinien der polnischen Energiepolitik verabschiedet, mit der die Eckdaten einer langfristige Strategie für den Energiesektor Polens festgelegt wurden. Vorgesehen ist eine funktionale Trennung zwischen den Bereichen Netzbetrieb und Verkauf in der energie- und gasproduzierenden Industrie, die mit der Einrichtung von fünf Energieversorgerunternehmensgruppen (anstelle der gegenwärtig existierenden 32 regionalen Energieversorger) sowie von zwei Kraftwerksunternehmensgruppen (Steinkohle und Braunkohle). Von diesem Konsolidierungsprozess werden jedoch der Warschauer Energieversorger *STOEN* und die *G-8*-Unternehmensgruppe in Zentral- und Nordpolen nicht betroffen sein, bei denen ein Privatisierungsprozess bereits eingeleitet worden ist. Die Regierung beabsichtigt weiterhin, die Kohlebergwerke des Landes zu drei bis vier Unternehmen zusammenzuschließen, die in der Folge privatisiert werden sollen.

Trotz zwischenzeitlicher Schwierigkeiten haben ausländische Investitionen im Energiesektor bereits beträchtlichen Umfang angenommen. Hauptsächlich geht es hierbei in Zukunft auch um geplante Vorhaben bezüglich einer umweltverträglichen Energiegewinnung. Laut der polnischen Agentur für Auslandsinvestitionen (*PAIZ*) haben Investitionen mit einem Wertumfang von jeweils über 1 Million USD im polnischen Energie-, Gas- und Wasserversorgungsbereich Ende 2002 ein Gesamtvolumen von insgesamt 2,3 Mrd. USD erreicht.

5. Gesundheit

Das Gesundheitswesen gehört von Beginn an zu den großen Problemfeldern des polnischen Transformationsprozesses. Nach 1989 oblag die Gesundheitsversorgung vor Ort zunächst Gemeinden und Provinzen, die Finanzierung erfolgte aus dem Staatshaushalt. Nur etwa 10

% der knapp 39 Millionen Polen waren laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) damals durch den Arbeitgeber krankenversichert. Nach 1989 wurden mit den Gesundheitseinrichtungen und ÄrztInnen Verträge mit Leistungsvereinbarungen geschlossen, das bis heute bestehende Hausarztmodell (Überweisungssystem) wurde etabliert, die Apotheken wurden privatisiert.

Erst 1999, nach jahrelangen Debatten führte die konservative Regierung ein umlagefinanziertes gesetzliches Krankenversicherungssystem ein. Die Reform schuf 16 völlig unabhängige regionale Krankenkassen, die in Selbstverwaltung geführt wurden. Um Wettbewerb unter den gesetzlichen Anbietern zu schaffen, wurde den Versicherten die freie Wahl unter den 16 Krankenkassen gestattet. Die Kassen wiederum konnten direkte Verträge mit Leistungserbringern abschließen.

Schon kurz nach der Einführung offenbarte dieses Modell jedoch große Mängel:

- Die Föderalisierung des Gesundheitssystems und das Fehlen einer gesamtstaatlichen Gesundheitspolitik führte zu unkoordiniertem Handeln der regionalen Krankenkassen, die sich vorwiegend auf die Versorgung der Versicherten ihrer Provinz konzentrierten und nur regionale Leistungserbringer unter Vertrag nahmen. Die freie Kassenwahl der Versicherten blieb dadurch auf Grenzregionen beschränkt.
- Das Fehlen eines einheitlichen Leistungskatalogs für alle 16 Kassen führte dazu, dass das höhere Leistungsspektrum in manchen Woiwodschaften (bei gleichen Beiträgen) dadurch „bestraft“ wurde, dass vermehrt chronisch kranke Menschen in diese Kassen eintraten. So wechselten Patienten kurzfristig ihre Krankenkasse, um in einer anderen Woiwodschaft Spezialisten oder teure Leistungen beanspruchen zu können. Die Folge waren schwere finanzielle Belastungen dieser Kassen und die teilweise Reduktion des Leistungsangebots.
- Polens Krankenhäuser sind chronisch unterbudgetiert und haben Schulden von etwa zwei Milliarden Euro angehäuft. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Patienten lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Nach WHO-Angaben müssen PatientInnen bis heute oft selbst für Verpflegung und Medikamente aufkommen, private Barzahlungen an ÄrztInnen sind gewohnte Praxis.

Nach Patientenprotesten und Streiks der schlecht bezahlten ÄrztInnen und anderer Beschäftigter im Gesundheitswesen kam es 2003 zur zweiten Reform. Das Gesundheitswesen wurde wieder zentralisiert, anstelle der 16 autonomen Regionalkassen wurde der Nationalgesundheitsfond (*NFZ*) geschaffen. Er gliedert sich in 16 regionale Einheiten, die keine Selbstverwaltungskompetenzen mehr besitzen. Der *NFZ* selbst untersteht dem Gesundheitsministerium. Das Ministerium, das bis 2003 nur koordinierende Aufgaben hatte, genehmigt den Finanzplan der *NFZ*, es entscheidet über sein Leistungsangebot und darüber, welche Medikamente erstattet werden. Der *NFZ* selbst schließt Verträge mit Leistungserbringern und soll so die Versorgung der Versicherten gewährleisten. Für alle 16 Woiwodschaften gibt es Gesundheitspläne, die anhand des Bedarfs und der Finanzlage einer Provinz detailliert Art und Umfang der Gesundheitsleistungen beschreiben. Zwei Sozialversicherungsanstalten ziehen die Versichertenbeiträge ein und leiten die Gelder an den *NFZ* weiter.

Alle erwerbstätigen polnischen StaatsbürgerInnen sind beim *NFZ* pflichtversichert. Kinder bis zum 26. Lebensjahr und nicht erwerbstätige Ehepartner sind beitragsfrei mitversichert, auch PensionistInnen und Arbeitslose zahlen keine Beiträge. Der Beitragssatz liegt bei 7,75 % und soll bis 2009 schrittweise auf 9 % steigen. Der Beitragssatz für Landwirte richtet sich nach Ertrag und Größe des Grundbesitzes. Der *NFZ* hält die Beiträge der Versicherten für zu gering, um die öffentlichen Gesundheitsausgaben zu decken und verlangt deshalb, Leistungen zu kürzen. 2002 lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am

Bruttoinlandsprodukt bei 6,3 %, womit er immer noch erheblich unter dem europäischen Durchschnitt von 8 bis 10 % lag.

Problematisch sind die im internationalen Vergleich sehr hohen Selbstbehalte im polnischen Gesundheitssystem. Zu den Beitragszahlungen der Versicherten kommen private (legale und illegale) Zuzahlungen für Arzneimittel, Hilfsmittel, bestimmte Diagnosemethoden, Unterbringungskosten bei einer Kur und zahnärztliche Leistungen. Nach WHO-Schätzungen tragen polnische Patienten etwa 40 % aller Leistungsausgaben selbst. Ein einheitlicher Leistungskatalog existiert noch immer nicht, nur eine Negativliste, die bestimmte Leistungen ausschließt. Dazu zählen etwa aufwändige zahnmedizinische Behandlungen.

2002 gab es in Polen mehr als 7.000 Arztpraxen, davon gut 5.600 in Städten. Die Arztdichte lag 2001 bei 224 Ärzten je 100.000 EinwohnerInnen (Deutschland: 336). Obwohl etwa drei Viertel der polnischen Bevölkerung auf dem Land lebt, ist dort die medizinische Versorgung vergleichsweise schlecht. Ein Arzt versorgte dort 2002 durchschnittlich 3.100 PatientInnen, in städtischen Regionen dagegen nur rund 1.700. Etwa zwei Drittel der vorwiegend angestellten polnischen ÄrztInnen praktiziert zusätzlich privat, um das monatliche Gehalt (etwa 300 bis maximal 1.200 Euro) aufzubessern.

Die stationäre Versorgung erfolgt in Krankenhäusern und Polikliniken, die vertraglich an den *NFZ* gebunden sind. Die Bettendichte der polnischen Krankenhäuser lag 2002 bei rund 55 Betten je 10.000 EinwohnerInnen (Deutschland: 90). Entgegen dem Trend in anderen Beitrittsstaaten ist in Polen die Zahl der Krankenhäuser gestiegen, während die Zahl der Klinikbetten leicht gesunken ist. Von den 800 rund Krankenhäusern stehen 30 in privater Trägerschaft stehen.

Zur Jahreswende 2003/2004 kam es erneut zu Streiks eines Großteils der praktischen ÄrztInnen. Die medizinische Versorgung brach teilweise zusammen. Auslöser waren die Vertragsbedingungen der *NFZ* für 2004. Zwar einigten sich Gesundheitsministerium, ÄrztInnen und *NFZ*. Allerdings erklärte der polnische Verfassungsgerichtshof die Organisationsform des *NFZ* etwa zum gleichen Zeitpunkt für verfassungswidrig. Die Regierung hat nun bis 2005 Zeit, die Vorgaben des Gerichts nach und nach zu erfüllen.

6. Kultur

Der politische Umbruch in Polen 1989 löste auch im Kulturbereich einen durchgreifenden Transformationsprozess aus. Bereits 1991 war mit dem „Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit“ der Grundstein für die Dezentralisierung und Neustrukturierung des polnischen Kulturbetriebs gelegt und das staatliche Monopol bei der Trägerschaft von Kultureinrichtungen abgeschafft worden. Kultureinrichtungen wurden befugt, unternehmerisch tätig zu werden sowie private und öffentliche Mittel zu lukrieren. Nach langen kontroversen Diskussionen über die Rolle des Staates im Kultursektor verabschiedete der Ministerrat 1993 die Leitlinie zur „Kulturpolitik des Staates“. Ziele der polnischen Kulturpolitik waren unter anderem Dezentralisierungsmaßnahmen zum Zweck der Verlagerung der Verwaltungstätigkeit und der politischen Verantwortung von der gesamtstaatlichen auf die regionale und lokale Ebene, eine Förderverpflichtung gegenüber kulturellen Einrichtungen von nationaler Bedeutung (Theater, Gedenkstätten, Museen) sowie die Erschließung alternativer Finanzquellen.

Dem polnischen Staat obliegt lediglich die Finanzierung der dreißig wichtigsten polnischen Kulturinstitutionen wie der Nationaloper, der Nationalen Philharmonie, Museen mit überregionaler Bedeutung, der Nationalbibliothek, Denkmalschutzämter und eine Reihe von Kunsthochschulen. Der Großteil der rund 400 früher staatlichen Kultureinrichtungen Polens (Bibliotheken, Ausstellungsbüros, Museen, Schauspielhäuser, Puppentheater, Opern- und Operettenhäuser wie auch Philharmonien) wurde 1996 den Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragen, in denen sie ansässig sind. Diese sind seither für die

Verwaltung zuständig. Diese erwiesen sich allerdings der Aufgabe vor allem finanziell als nicht gewachsen. Nicht weniger als 94 % der kommunal finanzierten Kulturhäuser ist in der Zwischenzeit in private Hände übergegangen oder geschlossen worden. Als existenzgefährdend erwies sich dabei vor allem der Rückgang der BesucherInnenzahlen in Theatern, Kinos und Museen sowie das Nachlassen der Bibliothekennutzung besonders in Kleinstädten und Dörfern. Hinzu kam, dass die lokalen Selbstverwaltungsorgane für den Kultursektor immer weniger Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Direkt nach dem Umbruch wurden einige Dutzend große staatliche Kulturunternehmen privatisiert, darunter Buchvertriebsunternehmen, Druckereien, Verlage, Betriebskulturhäuser sowie Platten- und Videoproduktionsfirmen. Am häufigsten ist die private Rechtsform in Galerien, Verlagen, Aufnahmestudios, Kinos, im Videoverleih sowie bei Radio- und Fernsehstationen.

Nach 1989 wurde die Gründung von Vereinen und Stiftungen im Kulturbereich vom Staat besonders gefördert. Sie haben volle organisatorische Autonomie und die Möglichkeit wirtschaftlich tätig zu sein. Die polnischen Kulturstiftungen entwickelten sich nach 1989 besonders dynamisch. Zu den bemerkenswertesten gemeinnützigen Einrichtungen im Kulturbereich gehören beispielsweise die *Batori*-Stiftung, die sich der kulturellen Zusammenarbeit, der Förderung anspruchsvoller Literatur und der Publikation von Katalogen widmet, und die *Karta*-Stiftung, die sich mit der Aufarbeitung der politischen Repressionen in Osteuropa sowie mit Buchveröffentlichungen beschäftigt.

Auch unter den ethnischen Minderheiten Polens entwickelte sich ein vielfältiges kulturelles Engagement im Rahmen von musikalischen Festivals, Theatergruppen, eigener Presse sowie von teilweise regionalen Radio- und Fernsehprogrammen.

Das polnische Verlagswesen baute neben den privatisierten, ehemaligen Staatsverlagen insbesondere auf eine lange Tradition von Untergrund- und Exilverlagen mit erheblicher Publikationstätigkeit und ansehnlichen Auflagen. Das aus diesen Wurzeln nach 1990 entstandene private Verlagswesen publiziert sehr fleißig. Zu den wichtigsten polnischen Schriftstellern gehören Czeslaw Milosz, Adam Zagajewski, Ryszard Kapuscinski und Wislawa Szymborska.

Die polnischen Filmemacher hatten neben dem radikalen ästhetischen Wertewandel vor allem organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten zu bewältigen. Die Umstrukturierung der polnischen Filmwirtschaft führte nach 1990 zu einer durchgreifenden Veränderung in der Finanzierung und Produktionsgestaltung, im Filmverleih und in der Rezeption durch Filmkritik und Publikum. Polens Filmschaffende erfreuten sich Anfang der 90er-Jahre großer internationaler Anerkennung. Zu den wichtigsten Filmemachern gehören Krzysztof Kieslowski („Ein kurzer Film über das Töten“, „Drei Farben: Blau, Weiß, Rot“), Agnieszka Holland („Europa! Europa“) und Andrzej Wajda („Karwoche“). Allerdings schlugen sich die internationalen Erfolge der polnischen Filme nicht an den polnischen Kinokassen nieder. Die Überflutung der Kinos mit Hollywood-Streifen, die finanziellen Schwierigkeiten bei der Filmproduktion und die niedrigen BesucherInnenzahlen bewirkten eine tiefe Krise der Kinoindustrie um das Jahr 1995, die erst in den letzten Jahren zu Ende gehen scheint.

Im Bereich der Bildenden Kunst, die besonders an der Umstellung auf marktwirtschaftliche Mechanismen in der Kulturpolitik litt, sind Leon Tarasewicz und Zbigniew Libera hervorzuheben, unter den Komponisten Krzysztof Penderecki und Wojciech Kilar.

7. Medien

Das staatliche Pressemonopol wurde in Polen im März 1990 aufgehoben. Gleichzeitig wurde die mit der früheren Staatspartei *PZPR* verknüpfte allmächtige Verlagsgenossenschaft *Ruch* aufgelöst. Die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien zeigte umgehend gravierende

Folgen. Bereits in den ersten vier Monaten des Jahres 1990 mussten über 90 Zeitschriften eingestellt werden. Im Oktober 1990 wurde ein Gesetz zur Privatisierung der Presse verabschiedet, über 100 Zeitungen, die vormals in staatlichem Besitz standen, wurden verkauft, zu einem großen Teil an ausländische Investoren wie *Hersant* oder *Maxwell*. Etwa 70 Titel gingen an neugebildete Genossenschaften über, darunter die renommierte Warschauer Wochenzeitung *Polityka*.

Die liberale Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, 1989 als Sprachrohr der *Solidarnosc*-Bürgerkomitees gegründet, entwickelte sich mit einer täglich wechselnden Auflage zwischen 430.000 und 840.000 Exemplaren zur größten und einflussreichsten polnischen Tageszeitung. Weitere wichtige polnische Tageszeitungen sind: *Rzeczpospolita* („Republik“, liberal-konservativ), *Zycie* („Leben“, konservativ), *Zycie Warszawy* („Warschauer Leben“), *Trybuna* („Tribüne“, sozialistisch), *Express Wieczorny* („Abendexpress“), *Trybuna Slaska* („Schlesische Tribüne“), *Gazeta Robotnicza* („Arbeiterzeitung“), *Kurier Polski* („Polnischer Kurier“). Der Zeitungsmarkt in Polen ist seit Jahren rückläufig, angesichts steigender Lebenshaltungskosten verzichten immer mehr PolInnen auf eine Tageszeitung. 1999 gab es in Polen noch 46 Tageszeitungen (1998: 52, 1990: 67).

Der Zeitschriftenmarkt wuchs hingegen massiv. Die Anzahl der Zeitschriftentitel hat sich von 3.007 bis 2001 auf 5.518 fast verdoppelt, eine Entwicklung, die insbesondere auf die massiven Investments vor allem deutscher Verleger zurückzuführen ist. Der *Heinrich Bauer Verlag* und *Burda Medien* sind seit 1991 auf dem polnischen Medienmarkt vertreten, zwei Jahre später folgte *Gruner + Jahr Polska*, 1994 der *Axel Springer Verlag*. Zusammen erreichen sie mit ihren Produkten einen Marktanteil von über 38 % (knapp 202 Millionen Euro). Die Übermacht ausländischer Investoren führt immer wieder zu öffentlichen Diskussionen. Dieser Präsenz können kleine polnische Verlage schon lange nicht mehr standhalten. Die sechs großen polnischen Magazine *Twój Styl*, *Wprost*, *Tygodnik Powszechny*, *Nie*, *Polityka* und *Proszynski* konnten hingegen einen Marktanteil von zusammen 23,6 % halten.

Das staatliche Rundfunk- und Fernsehmonopol wurde im Oktober 1992 abgeschafft. Seither obliegt dem neunköpfigen Landesrundfunkrat die Aufsicht über Radio und Fernsehen und die Vergabe von Sendelizenzen an private und kirchliche Betreiber. Seine Mitglieder werden von den politischen Parteien in *Sejm* und Senat und vom Präsidenten entsendet. Die Versuchung, die Unabhängigkeit und Kontrollfunktion der Medien von Seiten der Parteien aller politischen Farben einzuschränken, blieb über die gesamten 90er Jahre hinweg ungebrochen. Immer wieder gab es Bemühungen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss der jeweiligen Regierungspartei zu erweitern.

Dies gilt insbesondere für das ehemalige Staatsfernsehen, das nach der Aufhebung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols im Februar 1993 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Das öffentliche Polnische Fernsehen (*Telewizja Polska*, *TVP*) dominiert den polnischen TV-Markt. Die vier staatlichen Programme haben einen Anteil von zusammen über 60 %, der größte Privatsender *Polsat 1* hat 27 %, *TVN* 11 %, *TV Puls* 1 % Marktanteil.

Dagegen haben im Rundfunksektor private Stationen mit landesweiter (*RMF*, *Radio „Z“*), regionaler und lokaler Ausstrahlung gegenüber den öffentlichen Sendern zumindest gleichgezogen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass der von den jeweiligen Regierungsparteien besetzte Medienrat bei der Vergabe von Lizenzen für Privatsender vorzugsweise genehme Anbieter berücksichtigt und somit die kommerziellen Sender ebenfalls politisiert sind. Eine umstrittene Rolle spielt die katholische, aber nicht dem Episkopat unterstehende Radiostation *Maryja* mit ihrer Mischung aus beschaulichen religiösen Sendungen, praktischer Lebenshilfe und nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Beiträgen, die täglich bis zu vier Millionen HörerInnen findet.

8. Pensionen

Durch die Pensionsreform 1997 – Inkrafttreten 1.1.1999 - wurde das polnische Altersvorsorgesystem einer Totalumstellung unterzogen. Das bisherige aus der Zeit vor 1989 stammende staatliche Pensionssystem, das sich aus Beiträgen und Steuermitteln finanziert, wurde in ein Drei-Säulen-Modell mit starker zweiter Säule umgewandelt.

Die erste Säule des polnischen Rentensystem bildet die obligatorische staatliche Pensionsversicherung. Sie wird von der polnischen Sozialversicherungsanstalt (*ZUS*) verwaltet und finanziert sich im Umlageverfahren aus den Pflichtbeiträgen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen.

Ein Teil der Pflichtbeiträge fließt an offene Rentenfonds der Zweiten Säule, die von polnischen und ausländischen institutionellen Anlegern verwaltet werden. Die Gelder werden nach strengen Prinzipien verwaltet, Anbieter von Produkten der zweiten Säule sind verpflichtet, die Beiträge in festverzinsliche Wertpapiere zu investieren. Zurzeit können die Versicherten zwischen 16 offenen Rentenfonds wählen. Alle Fonds der zweiten Säule sind beitragsorientiert, d.h. sie garantieren nur das eingezahlte Kapital. Sie haben über elf Millionen Mitglieder, das sind rund 2/3 der polnischen ArbeitnehmerInnen.

Die dritte Säule ist freiwillig. Sie wird von privaten Pensionsversicherungen entweder in Form von Einzelverträgen oder im Rahmen eines Rentenprogramms für ArbeitnehmerInnen angeboten. Das Sparen im Rahmen der dritten Säule bildet eine Zusatzrente, deren Höhe von Ansparzeit, Beitragshöhe und der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Versicherung abhängt. Aufgrund der komplizierten rechtlichen Regelung und der Konzentration der staatlichen Förderungen auf „Open Funds“ spielt die dritte Säule in Polen kaum eine Rolle.

Polnische ArbeitnehmerInnen zahlen Pensionsbeiträge in Höhe von 9,76 % ihres Brutto-Einkommens. Nach dem neuem System fließen 2,4 % in das umlagefinanzierte System, 7,3 % in die „Open Funds“ der 2. Säule. Der Arbeitgeberbeitrag beträgt ebenfalls 9,76 % und fließt zur Gänze in das Umlagesystem. Die Höchstbemessungsgrundlage ist mit 250 % des durchschnittlichen Jahreseinkommen festgelegt. 2002 waren dies 17.900 €

Für die Polnischen ArbeitnehmerInnen gelten folgende Übergangsregelungen: Personen, die bei der Einführung des neuen Systems über 50 waren, sind von der Einführung des Drei-Säulen-Systems nicht betroffen. Sie zahlen (wie der Arbeitgeber) 9,76% ihres Gehalts in die staatliche Pensionsversicherung. ArbeitnehmerInnen zwischen 30 und 50 haben die Wahl: Sie können entweder in das neue Pensionssystem übertreten oder weiterhin ihre gesamten Beiträge in das umlagefinanzierte System einzahlen. Für Personen unter 30 gilt das neue System verpflichtend.

Alle Beiträge werden vom Arbeitgeber an die *ZUS* abgeliefert, die ihrerseits mit der Weiterleitung der ArbeitnehmerInnenbeiträge in die Anbieter der zweiten Säule beauftragt ist. Die Wahl des Anbieters der Zweiten Säule obliegt ausschließlich dem Arbeitnehmer.

Für die Regulierung des privaten Pensionsversicherungsmarktes ist das Aufsichtsorgan für die Versicherungs- und Pensionswirtschaft (*KNUiFE*) zuständig. 1999, bei der Einführung der privaten Pensionsfonds der zweiten Säule, gab es 21 Anbieter. Von Anfang an war der Markt von hohem Wettbewerbsdruck geprägt. Die regulatorischen Kosten sind hoch, hinzu kamen die Kosten der Unternehmensgründung und des Aufbaus der Infrastruktur. Chancen hatten nur jene Unternehmen, die genügend NeukundInnen und Beiträge in kürzester Zeit zu aquirieren vermochten. Die anfänglichen Herausforderungen der Kundenaquisition waren so erheblich, dass schon früh einige der Pensionskassen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten und notgedrungen die ersten Unternehmenszusammenschlüsse folgten. Allein 1999 verschwanden so fünf Anbieter schon im ersten Jahr wieder vom Markt.

Der polnische Markt der „Open Funds“ wird von drei Unternehmen bestimmt. Die größte Pensionskasse ist die *Commercial Union* mit 2,11 Mrd. verwalteten Euro, gefolgt von

National Nederlanden mit 1,61 Mrd. Euro und letztlich dem größten polnischen Versicherer *PZU* mit 1,03 Mrd. Euro. Sie verwalten nahezu 65 % des Gesamtvermögens. Es ist zu erwarten, dass sich die Wettbewerbslandschaft auch in Zukunft verändert und noch weitere Unternehmenszusammenschlüsse folgen.

Die Überweisungen der *ZUS* an die privaten Anbieter der zweiten Säule beliefen sich im Jahr 2002 2,45 Mrd. Euro. Trotz der erheblichen Zahlungen schuldete die *ZUS* den Pensionskassen zu diesem Zeitpunkt bereits 2,125 Mrd. Euro inkl. 500 Millionen Euro in Zinszahlungen. Wahrscheinlich wird die Regierung die Zahlungen zukünftig in Staatsanleihen und nicht in Bargeld leisten.

Die Pensionskassen bilden einen wesentlichen wirtschaftlichen Faktor auf dem polnischen Finanzmarkt. Zur Zeit beträgt das verwaltete Vermögen etwa 3,5 % des gesamten BIP. Der Finanzmarkt wird beständig von den Geldflüssen unterstützt, wodurch man eine längerfristige Stabilisierung prognostiziert. Die internationalen Investitionen erreichten kaum mehr als 1,2% des gesamten verwalteten Vermögens.

9. Post

Die Liberalisierung der Postdienstleistungen geht in Polen nur schleppend voran. So wurde die Regulierungsbehörde für Postdienstleistungen „*Urzdu Regulacji Telekomunikacji i Poczty*“ (*URTiP*) erst 2003 etabliert, die EU Richtlinien zur Deregulierung des Postwesens wurden bisher nur ansatzweise umgesetzt. Während der Postmarkt in den meisten „alten“ EU-Mitgliedsstaaten seit 1.1.2003 bis zu einer Grenze von 100 g auch für private Anbieter geöffnet wurde, hatte die in Staatsbesitz befindliche „*Poczta Polska*“ (Umsatz 2003: 1,5 Mrd. Euro) bis vor kurzen ein Monopol für Brief und Paketsendungen bis zu 2 kg inne. Erst im Frühjahr 2004 setzte das polnische Parlament die Monopolgrenze auf bis zu 350 Gramm für Briefsendungen und bis zu 500 Gramm bei Paketen herab.

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen hat Polen eine Übergangsfrist zur Übernahme der 100-Gramm Grenze für Postsendungen bis zum 1.1.2006 erwirkt. Grund ist die derzeit mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der *Poczta Polska* sowie ihre Rolle als großer polnischer Arbeitgeber. Beim staatlichen Postdienst sind rund 100.000 Menschen beschäftigt, eine schnelle Liberalisierung würde laut ExpertInnen dazu führen, dass mindestens 25 % der Postbediensteten ihren Job verlieren würden. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, sucht die polnische Post derzeit nach strategischen Partnern. Laut ExpertInnen sind bis 2006 Investitionen in der Höhe von 1 bis 1,5 Mrd. Euro notwendig, um die *Poczta Polska* einigermaßen konkurrenzfähig zu machen.

Private Firmen halten am polnischen Markt für Post- und Kurierdienste (Gesamtvolumen rund 1,1 Milliarden Euro) einen Anteil von weniger als 20 %. Größter Anbieter privater Postdienste ist mit einem Umsatz von 95 Mio. Euro (2003) die zu 100 % im Besitz der *Deutschen Post AG* befindliche „*Sevisco*“, ferner die zur holländischen *Postgroep TPG* gehörende *TNT*, die britische *Royal Mail*-Tochter „*Szybka Paczka*“ sowie der im Besitz der schwedischen Post befindliche „*Masterlink Express*“. Sie machen derzeit einen Umsatz von jeweils rund 10 Mio. Euro pro Jahr.

10. Sicherheit

Die Zulassung privater Sicherheitsdienste ist in Polen seit 1997 durch das Gesetz über den „Personen- und Eigentumsschutz“ geregelt. Die Kontrolle der privaten Sicherheitsdienste obliegt dem Innenministerium.

Der Markt für private Sicherheitsdienstleistungen ist stark entwickelt: Im Jahr 2002 waren in Polen 36.000 private Sicherheitsdienste tätig, insgesamt hatte der private Sicherheitssektor

200.000 Beschäftigte. Die privaten Sicherheitsdienstleister erwirtschafteten einen Umsatz von zusammen 909 Mio. Euro.

In den nächsten Jahren erwarten ExpertInnen ein weiteres Boomen der Branche, bis 2010 könnten 80.000 neue Jobs entstehen.

11. Telekommunikation

Das neue polnische Telekommunikationsgesetz trat am 1.1.2001 in Kraft und schuf den notwendigen Rahmen für die Übernahme des EU-Rechtsbestandes. Mit dem Gesetz wurde die schrittweise Liberalisierung des polnischen Telekommunikationsmarkts eingeleitet. Seit 2002 ist für den lokalen und internationalen Festnetztelefonmarkt kein Lizenzverfahren mehr notwendig, es genügt die relativ einfach zu erlangende Genehmigung der Regulierungsbehörde.

Als solche fungiert die Aufsichtsbehörde für Telekommunikation und Fernmeldewesen (*URT*) die im Oktober 2000 gegründet wurde. Am 1.4.2002 wurde das *URT* zur Aufsichtsbehörde für Telekommunikation und Post (*URTIP*) umgewandelt. Das Ministerium für Infrastruktur fungiert seit dem Inkrafttreten des Telekommunikationsgesetzes lediglich als staatliches Kontrollorgan für den Telekommunikationssektor.

Seit 1991 verzeichnete der Bereich Festnetztelefonie ein ständiges Wachstum von etwa 14 % p.a.. Allerdings hat sich diese Entwicklung in den letzten Jahren verlangsamt. Im Jahre 2002 steigerten die Festnetzanbieter die Anzahl der Hauptanschlüsse um 4,2 %, auf insgesamt 11,9 Millionen zu Ende des Jahres, davon 9 Mio. in Städten (Zuwachs um 2,9 %) und nur 2,9 Mio. in ländlichen Gebieten (8,4 % Zuwachs). Ende 2002 erreichte die durchschnittliche Telefondichte ein Niveau von 31,1 Anschlüsse pro 100 EinwohnerInnen.

Der dominierende Festnetzanbieter ist die ehemals staatliche *Telekomunikacja Polska S. A. (TPSA)*. Sie befindet sich seit 2001 zu 47,5 % in Besitz der *France Telecom*, 23 % hält (noch) der polnische Staat, den Rest (29,5 %) besitzt die die *TPSA*-Belegschaft. In einem im Mai 2001 von der *Financial Times* veröffentlichten Ranking der 500 größten europäischen Unternehmen nahm die *TPSA* als größter mittel- und osteuropäischer Konzern den 170. Platz ein. Der Marktwert der *TPSA* wurde dabei mit 9,6 Mrd. USD bewertet.

Die *TPSA* war bis Mitte 2001 Monopolist auf dem Festnetztelefonmarkt und somit einziger Nutznießer des Booms der 90er Jahre. Als einziger landesweiter Anbieter hält sie immer noch 91 % Marktanteil (2003). Nicht einmal ein Zehntel des Gesamtumsatzes am Polnischen Festnetztelefonsektor werden von privaten Betreibern erwirtschaftet. Diese bieten ihre Dienstleistungen nur auf lokaler Ebene an, der nur geringe Gewinnspannen erlaubt. Alle privaten Unternehmen machen daher Verluste. Spürbare Einbrüche erlitt die *TPSA* lediglich bei den internationalen Gesprächen: 47 % der *TPSA*-KundInnen nutzten hier 2003 alternative Anbieter. Die wichtigsten privaten Anbieter sind *Dialog* und *Netia* mit je 3 % Anteil am Festnetzumsatz. Mit Stand Juni 2003 wurden ca. 20 weitere Festnetzanbieter (für Ferngespräche und internationalen Verkehr) registriert, von denen bisher jedoch nur wenige aktiv geworden sind.

Anfang 1996 fanden Ausschreibungen für GSM – Lizenzen statt, die zunächst zwei private Betreiber für sich entscheiden konnten, die *Vodafone*-Tochter *Polkomtel* („*Plus*“ GSM) und die im Besitz der *Deutschen Telekom* und *Vivendi* befindliche *Polska Telefonia Cyfrowa* („*Era*“ GSM). Die *TPSA* stieg erst im Frühjahr 1998 mit *Centertel* („*Idea Centerel*“) in den Mobilfunkmarkt ein. Sie hatte zuvor auf ein Netz älterer Technologie gesetzt. Das Jahr 2002 brachte einen Zunahme der MobilfunkteilnehmerInnen um mehr als 43,7 % und erreichte zu Ende des Jahres ein Niveau von 13,8 Millionen Handynutzern. Dadurch nahm die Handy-Dichte auf 36 pro hundert EinwohnerInnen zu. Dies bedeutete, dass die Anzahl der Mobiltelefone in Polen die der Festnetzanschlüsse erstmals überstieg. Im internationalen Vergleich zeigt sich

aber noch erhebliches Marktpotential. Schätzungen zufolge wird 2005 jeder/jede zweite Pole/Polin ein Mobiltelefon besitzen. Marktführer ist *Polska Telefonii Cyfrowa* mit 38 %, gefolgt von *Polkomtel* (32 %) und *Centertel* (30 %).

In Polen wurde auch eine Ausschreibung für Mobiletelefone der dritten Generation - UMTS - durchgeführt. Die Konzession für UMTS in Polen haben die auf dem polnischen Markt bereits tätigen Mobilnetzbetreiber erhalten.

12. Verkehr

Polen hat in den vergangenen Jahren mit einer Bahnreform und der Umstrukturierung der Staatsbahn *PKP* entscheidende Schritte zur EU-konformen Liberalisierung des Eisenbahnwesens gesetzt. Die Restrukturierung der Polnischen Staatsbahnen *Polskie Koleje Państwowe S.A. (PKP)*, wurde im Jahre 1990 begonnen. Die *PKP* ist seit 1.1.2001 eine Aktiengesellschaft. Sie ist als Holdinggesellschaft strukturiert und in insgesamt 24 Gesellschaften gegliedert. Die wichtigsten sind die *Polskie Linie Kolejowe* (Gleise und die Infrastruktur) , die *CARGO* (Warenbeförderung) sowie die *Przewozy Pasazerskie* (Personenbeförderung). Die *PKP AG* befindet sich (noch) zur Gänze im Besitz des polnischen Staates.

Das Gesetz schuf darüber hinaus das Eisenbahnverkehrsamt als Regulierungsbehörde, das für Verkehrsregelung und Verkehrstechnik, Eisenbahnaufsicht und Verkehrssicherheit zuständig ist. Bei der Liberalisierung des Güterverkehrs hält sich Polen an das von der EU vorgegebenen Tempo und befindet sich im Bezug auf den Liberalisierungsgrad im Mittelfeld der EU-Staaten. Der internationale Zugang zum polnischen Netz vollzieht sich mit einer Freigabe von jährlich 20 % der Kapazität. Ab 1.1.2008 wird der Binnengüterverkehr liberalisiert. Im Personenverkehr ist vorgesehen, den internationalen Verkehr ab 1.1.2006 und den Binnenverkehrsmarkt bis 1.1.2008 zu liberalisieren.

Polens Schienennetz erstreckt sich auf eine Gesamtlänge von 23.500 km, die Hälfte davon mit elektrischen Oberleitungen. 17.000 km gelten als kosteneffizient. Unwirtschaftliche Strecken wurden in den vergangenen Jahren stillgelegt. Derzeit werden 19.700 km des Bahnnetzes genutzt. Auf den langen Distanzen zwischen den Großstädten konnte die Staatsbahn *PKP* die Zahl der Passagiere um fast 50 % steigern. Insgesamt leistete die *PKP* 2002 304,1 Mio. Personentransporte (8,5 % weniger als noch 2001). Gewinne im Gütertransport macht Polen insbesondere im Transitverkehr, vor allem zwischen Deutschland und Russland. Allerdings ist es nicht gelungen, mehr Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Im Bereich der Straßeninfrastruktur besteht in Polen erheblicher Nachholbedarf. Zur Zeit entsprechen nur 1 % der Straßen EU-Standards, die für internationale Verkehrswege eine zulässige Achslast von 11,5 Tonnen fordern. Polen besitzt zwar 244.567 Kilometer asphaltierte Straßen, aber nicht einmal 300 Kilometer davon sind Autobahnen. Die vorhandenen Teilstücke sind übers ganze Land verstreut.

Das 1995 beschlossene und auf privater Finanzierung basierende polnische Autobahnbauprogramm galt als eines der ehrgeizigsten Vorhaben in der Nachkriegsgeschichte Mitteleuropas: Man plante, in den nächsten 20 Jahren nicht weniger als 2.300 km gebührenpflichtiger Autobahnen zu bauen. Die Aufwendungen dafür wurden mit 9 bis 10 Milliarden Euro veranschlagt. Das Gesetz regelte den Bau und den Betrieb von gebührenpflichtigen Autobahnen mittels einer Finanzstruktur, die keine Mittel aus dem Staatshaushalt erfordern würde. Eine Agentur für den Bau und Betrieb von Autobahnen (*ABEA*) wurde gegründet, um alle notwendigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Autobahnprogramms zu übernehmen. Finanziert sollen die Autobahnen insbesondere über private Investoren und EU-Förderungen werden. Das Programm scheiterte allerdings kläglich, in den ersten 6 Jahren wurde kein einziger Kilometer Autobahn

gebaut. Es fehlte an ausgereiften Gesetzen, etwa zur Gestaltung der Ausschreibungsverfahren, und Privatinvestoren, die den Bau nach Regierungsplänen überwiegend finanzieren sollten, zogen sich, aus Furcht, die mautpflichtigen Autobahnabschnitte würden nicht genug ausgelastet sein, zurück. EU-Fördergeld wurde nie beantragt.

Angesichts des Scheiterns einer privatisierten Straßenverkehrspolitik entschied die Regierung Anfang 1999, das BOT-System (Built-Operate-Transfer) durch das PPP-System (Private-Public Partnership) zu ersetzen, welches den Staat verpflichtet, den Bau mitzufinanzieren bzw. die Betriebskosten in Höhe von bis zu 50 % zu decken. Das neue Gesetz über gebührenpflichtige Autobahnen trat im November 2000 in Kraft und ermöglicht die Nutzung sowohl öffentlicher und privater Finanzierungsquellen bei der Verwirklichung des PPP-Programms.

2002 wurde ein neues Straßenbau- und Modernisierungsprogramm mit der Zielstellung verabschiedet, das polnische Straßenverkehrsnetz EU-Standards anzupassen. Das Programm sieht den Bau von 526 km Autobahnen, ca. 200 km Expressstraßen und die Modernisierung von 1.500 km internationaler Verkehrsstraßen in den nächsten 3 Jahren vor. Darüber hinaus sollen sich dann weitere 576 km Autobahn sowie ca. 200 km Expressstrassen in Bau befinden. Die Kosten werden auf etwa 10 Milliarden Euro geschätzt. Man geht davon aus, ein Fünftel der Summe aus EU-Mitteln (Kohäsionsfonds ISPA) zu finanzieren. Welche Projekte Vorrang haben, stimmt Warschau mit der Europäischen Kommission ab. Der Finanzanteil, der Polen von 2001 bis 2006 für den Ausbau des Verkehrsnetzes aus EU-Geldern zusteht, beträgt jährlich 175 Millionen Euro. Erhält ein eingereichtes Projekt grünes Licht, übernimmt Brüssel im Schnitt bis zu 75 Prozent der Gesamtkosten. Im Jahre 2002 wurden 54 km Autobahnen gebaut bzw. modernisiert. Darüber hinaus befanden sich 185,5 km Autobahn im Bau bzw. Umbau.

Ein wichtiger Schritt zur Liberalisierung des Straßengüterverkehrs war die Verabschiedung des Gesetzes über den Straßengüterverkehr 2002, mit dem hinsichtlich des Marktzugangs die Rechtsangleichung an die EU vollzogen und der Aufbau der nötigen Verwaltungsstrukturen ermöglicht wird. Im August 2002 wurde das Arbeitszeitgesetz für Fahrer verabschiedet. Die EU urgiert die Schaffung der nötigen Verwaltungskapazität im Straßengüterverkehr, vor allem der Errichtung des Aufsichtsamts für den Straßengüterverkehr.

Das polnische Flugunternehmen *PLL LOT* wurde zwar 2001 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, befindet sich aber noch zur Gänze in Staatsbesitz. Die *PLL LOT* gehört zu den Musterbetrieben des polnischen Staates und ist eine international angesehene Fluglinie mit einer modernen Luftflotte und einem dichten Verbindungsnetz in Europa. Im Bereich der Flughafeninfrastruktur besteht hingegen erheblicher Nachholbedarf. In Polen gibt es 5 internationale Flughäfen, deren Kapazitäten mit knapp 5 Mio. Passagiere pro Jahr schwer überfordert sind: Warschau, Krakau, Poznan, Gdansk und Katowice.

Die EU kritisiert das Fehlen grundlegender Gesetze zur Schaffung der nötigen Verwaltungsstrukturen im Luftverkehr. Es sei nicht wie geplant zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Rechtsbestandes für den Luftverkehr in polnisches Recht oder zur Errichtung des Zivilluftfahrtamts und der polnischen Luftverkehrsbehörde gekommen.

13. Wasser

Polen hat die EU-Wasserrichtlinien sowohl im Bereich der Wasserversorgung als auch Abwasserentsorgung weitgehend umgesetzt. In einem von der *EBRD (European Bank for Reconstruction and Development)* erstellten Studie, die die Reformschritte bei der Tarifanpassung, der Kommerzialisierung und Deregulierung erfasst und bewertet, liegt Polen jeweils auf den vorderen Plätze der neuen EU-Staaten.

Die Versorgung mit Trinkwasser fällt in Polen in die Kompetenz der Gemeinden. Ist die Siedlungswasserwirtschaft in anderen neuen EU-Staaten wie Tschechien und Ungarn bereits bereits größtenteils privatisiert und in der Hand multinationaler Konzerne, bauen die meisten polnischen Städte und Gemeinden ihre Siedlungswasserwirtschaft trotz der Avancen der internationalen Wasserkonzerne in kommunaler Verantwortung aus.

Da das Wasser aus den Hausleitungen in Polen überwiegend aus Oberflächenwasser besteht, entspricht dieses in vielen Gegenden Polens und vor allem in den meisten Städten nicht den hohen EU-Standards und ist als Trinkwasser kaum geeignet (obwohl es nach polnischen sanitären Normen unbedenklich ist). In den meisten ländlichen Gebieten wird Grundwasser als Trinkwasser und zu Wirtschaftszwecken verwendet. Wegen des schlechten Zustandes von Entnahmestellen erfüllt dieses Wasser oft nicht einmal den nationalen sanitären Normen für Trinkwasser. Um dieser Negativerscheinung entgegenzuwirken, wurde von den Gemeinden das Netz der Grundwasserentnahmestellen (Tiefbrunnen) ausgebaut, aus denen die Bevölkerung kostenlos Trinkwasser entnehmen kann. So holen in der knapp zwei Millionen Einwohner zählenden Metropole Warschau die meisten Einwohner ihr Trinkwasser in „Brunnenhäusern“ oder lassen sich Vorräte ins Haus kommen. In ganz Polen sind massive Investitionen zur Modernisierung der Wasseraufbereitungstechnologie und zur Verbesserung der Wasserqualität aus Wasserwerken notwendig.

Der Wasserbedarf der polnischen Volkswirtschaft liegt bei ca. 11 Mrd. m³ im Jahr, davon werden 69,5 % durch die Industrie, 21,2 % die Kommunalwirtschaft und 9,3 % durch die Land- und Forstwirtschaft verbraucht.

Enorme Investitionen sind auch im Bereich der Reinigung von Abwässern notwendig. Etwa 85 % des verwendeten Wassers werden derzeit ungeklärt in das Oberflächenwasser rückgeführt. Die jährlich anfallende Abwassermenge liegt bei ca. 9,4 Mrd. m³, davon entfallen rund 17 % auf städtische und ca. 83 % auf industrielle Abwässer. Die jährlich zu reinigenden Abwassermengen betragen etwa 2,6 Mrd. m³. In Polen gibt es heute ca. 5.000 Kläranlagen, davon 1.853 für industrielle und 1.778 für häusliche Abwasser sowie andere Kläranlagen, darunter Hauskläranlagen auf dem Lande.

Mit der 1991 vom polnischen Parlament verabschiedeten „Ökologischen Staatspolitik“ ist in die polnische Umweltschutzpraxis das Verursacherprinzip eingeführt worden. Dies bedeutet, dass der Umweltverschmutzer Finanzmittel aufbringen muss, um entsprechende Umweltschutzmaßnahmen zu bezahlen. Im konkreten Fall wurden die Industriebetriebe zum Bau betrieblicher Kläranlagen verpflichtet, die Abwasseraufbereitung der Kommunen finanzieren zu einem Teil die BürgerInnen direkt über Gebühren und Abgaben, den Rest schießt die Gemeinde bei, die ihrerseits Zuschüsse aus den *ISPA*-Töpfen der EU sowie aus Fördermitteln des Bundes und der Landkreise erhalten. Viele Gemeinden sind aber dennoch zur Aufnahme von Krediten gezwungen und schwer verschuldet.

Mit der Übernahme der EU-Richtlinie für kommunale Abwasserbehandlung, welche die Abwasserreinigung für Städte und Orte über 2.000 Einwohnerwerte regelt, wird auch künftig ein enormer Bedarf an Abwasserreinigungsanlagen entstehen. Der Ausbau der Abwasserentsorgung wird in Polen laut ExpertInnen der Umweltbereich mit dem größten Investitionsbedarf sein. *ISPA*-Schätzungen gehen davon aus, dass 11 Mrd. Euro notwendig sein werden, um Polens Abwasserwirtschaft auf EU-Stand zu bringen. Polen hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 eine Verringerung der Schadstofffracht im rückfließenden Wasser um 50 % durch die Industrie und um 30 % durch die Kommunen.

Ein großes Problem ist nach wie vor die Abführung von ungereinigten Abwässern aus Großstädten. Die Abwässer aus den 42 größten polnischen Städten werden nur zu 43 % gereinigt. Es handelt sich hierbei vor allem um häusliche Abwässer, da bei Industrieabwässern der Anteil von Kühlwasser („sauberes Wasser“), das keiner Reinigung bedarf, hoch ist. Da in den ländlichen Regionen infolge der Zersplitterung der Bauernhöfe in

vielen Fällen der Bau eines Kanalisationssystems unrentabel ist, wurden zahlreiche Kleinkläranlagen bei den einzelnen Gehöften gebaut.

Das größte Problem der polnischen Flüsse ist nach wie vor die schlechte Wasserqualität. Ca. 80 % der Flussabschnitte führen bakteriologisch verschmutztes Wasser, das die geltenden Normen überschreitet. Vor allem weil ungereinigte häusliche Abwässer in die Flüsse geleitet und Wasser aus landwirtschaftlich genutzten Gebieten ohne Wasser- und Abwasserleitungen dorthin gelangt. 1999 wurden 78 % der Abwässer der Stadtbevölkerung, aber nur 8,9 % der Abwässer der Landbevölkerung in Kläranlagen gereinigt. Polen hat allerdings die Zielsetzung formuliert, bis 2010 keine unbehandelten Abwässer aus Städten und Industrieanlagen in die Flüsse einfließen zu lassen.

14. Wohnen

Polens Wohnungsmarkt ist von der massiven Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage geprägt. Nach Angaben der polnischen Regierung fehlten im Jahr 2003 ca. 1,5 Mio. Wohnungen. Darüber hinaus schätzt man, dass bis zum Jahr 2010 circa 1 Mio. Wohnungen wegen ihres technischen Zustands abgerissen werden müssen. Gemäß der im Jahr 2002 durchgeführten Volks- und Wohnungszählung befindet sich Polen mit der Anzahl von ca. 308 bewohnten Wohnungen auf 1000 EinwohnerInnen auf einem der letzten Plätze in Europa. Angesichts des stetigen Bevölkerungswachstums in Polen machen sich die Produktivität des öffentlichen und privaten Wohnbaus eher bescheiden aus. 1000 EinwohnerInnen standen im Jahr 2002 nur 2,6 neu gebaute Wohnungen gegenüber, das Bauvolumen ging 2002 um 8 % zurück, anstatt zu steigen.

Hinzu kommt, dass vor allem die privaten Bauherrn oft völlig an der bestehenden Nachfrage vorbeibauen. Bei den meisten Neubauwohnungen handelt es sich um – im internationalen Vergleich teure – Eigentumswohnungen. Für die Haushalte mit niedrigeren Einkommensverhältnissen, die – bei wachsenden Vermögensunterschieden – den überwiegenden Anteil der polnischen Gesellschaft ausmachen, ist Wohnungseigentum unerreichbar. Für sie besteht die einzige Möglichkeit im Anmieten einer Wohnung oder dem Beitritt in eine Wohnbaugenossenschaft. Der Bau von geförderten Miet- bzw. Genossenschaftswohnungen unter Mitfinanzierung des Landeswohnungsfonds (das Programm wurde im Jahre 1995 eingeführt) macht derzeit nur 7 % des Wohnungsbaus aus.

Gemäß den geltenden Rechtsvorschriften gehört „die Schaffung von Bedingungen zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs“ zu den eigenverantwortlichen Aufgaben der Gemeindeverwaltungen. Diese sind verpflichtet (in den vom Gesetz bezeichneten Fällen) Sozialräume und Ersatzlokale zu gewährleisten sowie den Wohnungsbedarf bei Haushalten mit geringem Einkommen zu befriedigen. Hierzu verfügen die Gemeinden über einen – früher staatlichen – nun gemeindeeigenen Sozialwohnungsbestand, der sozial bedürftigen Haushalten zur Verfügung steht. Allerdings besteht ein erheblicher Mangel an solchen Sozialwohnungen, vor allem an Neubauten. Neue Kommunalwohnungen stellten im Jahre 2002 nur ca. 2,5 % des gesamten Neubauvolumens dar. Mitte der 90er Jahre machte der kommunale Wohnbau noch rund 5 % aus. Nun bereitet schon die angemessenen Erhaltung der kommunalen Bestände und die Zahlung von Wohngeldzuschüssen vielen Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten.

2003 hat die polnische Regierung mit einem Regierungswirtschaftsprogramm einen weiteren Anlauf unternommen, das massive Wohnungsproblem zu lösen. Staatliche Zuschüsse zu breit zugänglichen, langfristigen Wohnungskrediten mit festem Prozentsatz sollen die private Nachfrage auf dem Bauproduktmarkt stärken. Diese Vorzugsdarlehen für Wohnungskredite werden bis Ende 2005 gewährt. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus wurde die staatlichen Zuschüsse für soziale Mietwohnungen und das Stammkapital der für Wohnbaukredite zuständigen Landeswirtschaftsbank im Jahre 2002 erhöht.

Eine Änderung des Wohnbaugesetzes soll bestehende Verwaltungsbarrieren beseitigen und die Bedingungen für Investitionen, etwa durch die Begrenzung der Verfahrenskosten, verbessern. Ein Gesetz über Planung und Raumbewirtschaftung sowie eine Novellierung des Baurechtes sollen folgen.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die die Regierung noch vor sich hat, gehört auch die Neuregelungen der staatlichen Unterstützung von Kommunen beim Bau von Sozialwohnungen sowie Sozialräumen für Obdachlose. Dieses Problem harret seit Anfang der 90er Jahre einer Lösung. Die polnische Regierung versucht hier derzeit, private Investoren ins Boot zu holen.

Die EU hat Polen deshalb das Recht zugestanden, während des Übergangszeitraumes bis 2007 einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % im Wohnungsbau, beim Verkauf neuer Wohnungen sowie bei Bau- und Renovierungsdienstleistungen anzuwenden.

15. Links

Europäische Union:

<http://europa.eu.int/comm/enlargement/poland/index.htm>

EU-Erweiterung – Polen (EU-Kommission)

http://europa.eu.int/pol/enlarg/index_de.htm

EU-Erweiterung – Tätigkeitsbereiche der EU

<http://europa.eu.int/scadplus/>

EU-Erweiterung – Fortschrittsberichte

http://europa.eu.int/comm/internal_market/de/index.htm

EU-Binnenmarkt

www.chancen-erweitern.gv.at

Österreichische Erweiterungs-Homepage

Polen – Allgemein:

www.poland.gov.pl

Polen im Internet

www.ukie.gov.pl

Komitee für Europäische Integration (UKIE)

www.bip.gov.pl

Public Information Bulletin

www.paiiz.gov.pl

Pol. Information and Foreign Investment Agency

www.stat.gov.pl

Statistisches Hauptamt

www.kprm.gov.pl

Premierminister

www.msz.gov.pl

Außenministerium

www.msp.gov.pl

Ministerium für Privatisierung

www.mpips.gov.pl/english/

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Soziales

www.men.waw.pl

Ministerium für Nationale Bildung und Sport

www.minrol.gov.pl

Min. für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Abfall:

<http://europa.eu.int/comm/environment/waste/index.htm>

EU - Generaldirektion Umwelt - Abfall

<http://eea.eu.int>

Europäische Umweltagentur

www.fead.be

Europäische Föderation Entsorgungswirtschaft

<http://eionet.eu.int>

Europ. Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz (EIONET)

www.mos.gov.pl

Ministerium für Umwelt

www.dgaw.de

Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft

Bildung:

www.unesco.org

http://europa.eu.int/comm/education/index_de.html

www.eurydice.org

www.men.waw.pl/menis_en/education/new_system.php

www.statistik-berlin.de/aktuell/ms/ms2002/aufsatz1202a.pdf

UNESCO

EU – Allgemeine und berufliche Bildung

Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa

Polnisches Bildungssystem (englisch)

Vergleich Hochschulwesen Deutschland – Polen

Energie:

http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_de.html

www.fifoost.org/polen/EU_Poland_2002/index.php

www.enr-network.org

www.iea.org

www.mpips.gov.pl/english/
www.poland.gov.pl/?page=1051400002

EU-Generaldirektion Energie und Transport

Komm. Bericht: Polen – Kapitel Energie (online auf: FiFo-Ost, gute deutsche Infosite zu MOEL)

European Energy Network

Internationale Energie Agentur

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Soziales
Energetik und Förderung in Polen

Gesundheit:

www.who.int/country/pol/en/

www.euro.who.int/

<http://europa.eu.int/comm/health/>

www.mz.gov.pl

www.zus.pl

World Health Organisation - Polen

WHO – Regionalbüro für Europa

EU – Öffentliche Gesundheit

Polnisches Ministerium für Gesundheit

Sozialversicherung Polen

Kultur:

http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_de.htm

www.mk.gov.pl

www.culture.pl

www.iam.pl

www.polen2002.pl

EU – Generaldirektion Bildung und Kultur

Ministerium für Kultur und nationales Erbe

Kultur in Polen

Staatliches Kulturinstitut

Polnisches Jahr in Österreich 2002

Medien:

www.gazeta.pl	Gazeta Wyborcza (größte Tageszeitung)
http://polityka.onet.pl	Polityka (Nachrichtenmagazin)
www.tvp.com.pl	Staatliches Fernsehen (Telewizja Polska S.A.)
www.polsat.com.pl/	PolSAT (größter privater TV-Sender)
www.poland.gov.pl?page=1060400002	Medienlandschaft Polen

Pensionen:

http://europa.eu.int/comm/internal_market/pensions/index_de.htm	EU-Generaldirektion Binnenmarkt – Pensionen
http://europa.eu.int/comm/employment_social/index_de.html	EU-Generaldirektion Beschäftigung und Soziales
www.zus.pl/german/deutsche.pdf	Sozialversicherung Polen: Informationen, Fakten
www.mf.gov.pl	Polnisches Finanzministerium

Post:

http://europa.eu.int/comm/internal_market/post/index_de.htm	EU-Generaldirektion Binnenmarkt - Post
www.bvdp.de	Bundesverband deutscher Postdienstleister
www.poczta-polska.pl	Polnische Post (Poczta Polska S.A.)
www.urtip.gov.pl	URTiP (Regulierungsbehörde)

Telekommunikation :

http://europa.eu.int/comm/ten	EU-Generaldirektion Transeurop. Netzwerke
http://www.fifoost.org/polen/pl_beitritt_de/node41.php	Komm. Bericht: Polen – Kapitel Telekom
www.tp.pl	Telekomunikacja Polska S.A.
www.era.pl	Era GSM (größter Mobilanbieter)
www.urtip.gov.pl	URTiP (Regulierungsbehörde)

Verkehr:

http://europa.eu.int/comm/transport/index_de.html	EU-Generaldirektion Verkehr
www.mi.gov.pl	Ministerium für Infrastruktur
www.lot.com	Polnische nationale Fluglinie LOT
www.pkp.com.pl	Polnische Staatsbahn PKP

Wohnen:

www.umirm.gov.pl

www.umirm.gov.pl/Biuletyn/biuletyny/biul122003.pdf

www.housing04.pl

Amt für Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Studie Wohnbau Polen

Staatlicher Wohnbaukongress Polen